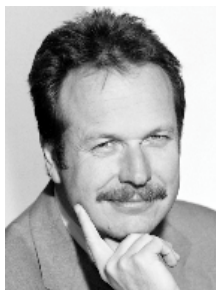

Frank Bsirske

Interessenvertretung in der Dienstleistungsgesellschaft



Frank Bsirske, geb. 1952 in Helmstedt, Studium der Politikwissenschaft in Berlin, wurde im November 1999 zum Vorsitzenden der ÖTV gewählt. Seit März 2001 ist er Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di).

Die Gründung der „Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft“ (ver.di) durch die fünf Gewerkschaften DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV im März 2001 stellt die bislang bedeutendste organisationspolitische Veränderung der Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland dar. Das wichtigste Motiv des Zusammenschlusses war, gewerkschaftliche Kraft zu bündeln und mehr Handlungsfähigkeit im zunehmend differenzierten und für gewerkschaftliche Interessenvertretung schwer zugänglichen Dienstleistungssektor zu gewinnen. Dass dabei die Integration der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft in den Deutschen Gewerkschaftsbund gelang, ist von historischer Bedeutung und stellt einen großen Gewinn für die deutschen Gewerkschaften insgesamt dar. In einer Zeit, in der die Globalisierung dazu genutzt wird, ein Politik- und Gesellschaftsmodell für alternativlos zu erklären und durchzusetzen, das Wettbewerbsregeln einseitig entlang den Interessen der Wirtschaft ausrichtet und privaten Gewinninteressen Vorrang einräumt vor öffentlichen Angelegenheiten und sozialen Interessen der Menschen, steht die ver.di-Gründung für den Anspruch der Gewerkschaftsbewegung, auch künftig Arbeitswelt und Politik im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern maßgeblich mitzugestalten.

Zeit für ein Zusammenwachsen in Ruhe hat ver.di allerdings nicht. Denn die deutschen Gewerkschaften stehen derzeit in einer öffentlichen Auseinandersetzung um ihre zukünftige Rolle und Bedeutung, die in ihrer Heftigkeit kaum eine Parallele in der Geschichte der Bundesrepublik hat. Der Abbau von Mitbestimmungsrechten, die Senkung von Löhnen, die Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnzahlung, das Aufbrechen der Tarifverträge durch Gesetz - alle diese Themen des gewerkschaftlichen „Kerngeschäfts“ sind derzeit in der Debatte. Zugleich ist die Funktion der Gewerkschaften als Interessenvertretung im politischen Raum schweren Angriffen ausgesetzt. In der Auseinandersetzung um die Agenda 2010 der Bundesregierung wurden die Gewerkschaften als der potenteste und wichtigste Gegner wahrgenommen, entsprechend massiv war der Druck aus Regierung, Politik und dem Arbeitgeberlager. Gegner der Gewerkschaften nutzen diese Situation, um wesentliche Errun

gewerkschaften der sozialen Demokratie und des solidarischen Ausgleichs in unserer Gesellschaft, wie sie seit Bestehen der Bundesrepublik auch von den Gewerkschaften mit erkämpft und ausgebildet wurden, zur Disposition zu stellen und so die Gewerkschaften in Abwehrkämpfe zu zwingen.

Zwischenbilanz der neuen Gewerkschaft nach zwei Jahren

Der Zusammenschluss zu ver.di hat das politische Gewicht und die Durchsetzungsfähigkeit gewerkschaftlicher Anliegen deutlich erhöht. In der Tarifrunde 2002, der ersten, die sich über praktisch alle ver.di-Branchen erstreckte, wurde eine deutlich bessere öffentliche Aufmerksamkeit und Medienresonanz erreicht, Aktionen und Warnstreiks der Mitglieder in unterschiedlichen Tarifbereichen beflügelten sich gegenseitig. Die Arbeitgeber spürten die Folgen des Zusammenschlusses in Arbeitskämpfen vor allem dort, wo vormals DAG und HBV in Tarifauseinandersetzungen mit unterschiedlichen Kulturen und Strategien angetreten waren und gegeneinander ausgespielt werden konnten. „Nach langen Jahren konnten die Gewerkschaften den verteilungsneutralen Spielraum wieder ausschöpfen“, urteilte das WSI. Die ver.di-Gründung hat maßgeblich dazu beigetragen.

Auch in der politischen Auseinandersetzung ist das Gewicht gewerkschaftlicher Interessenvertretung gewachsen. Am deutlichsten registrieren das jene ver.di-Fachbereiche, die aus den kleineren Gründungsgewerkschaften hervorgegangen sind, beispielsweise im Gesetzgebungsverfahren um das neue Urhebervertragsrecht.

In der Frage, ob der Wettbewerb dereguliert oder sozial reguliert werden soll, konnte ver.di erstmals seit Jahren wieder spürbaren Einfluss auf die Debatte gewinnen. Das war den Gründungsgewerkschaften in den Jahren zuvor kaum mehr gelungen. ver.di konnte mit Aktionen über mehrere Stufen SPD-geführte Landesregierungen und die rot-grüne Bundestagsmehrheit davon überzeugen, ein Tariftreuegesetz zu verabschieden. Wie Bayern vormachte, ist es für die öffentliche Hand sinnvoller, Aufträge im öffentlichen Personennahverkehr an tariftreue Unternehmen zu geben, anstatt später durch Lohndumping verursachte Arbeitslosigkeit bei Busunternehmen zu finanzieren. Bayern schützt mit einem Tariftreuegesetz auf Landesebene seine mittelständischen Unternehmen wirkungsvoll vor solchen Gefahren. Im Bundestagswahlkampf wollte sich die Union allerdings als Partei für deregulierten Wettbewerb profilieren und ließ das vom Bundestag verabschiedete Gesetz im Bundesrat scheitern.

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt gelang es ver.di, die Unionsparteien davon abzubringen, den Postsektor überstürzt und Jahre vor allen europäischen Nachbarn in eine Radikalprivatisierung zu treiben. Angesichts der breiten Mobilisierung der ver.di-Mitglieder und der Aussicht auf eine Demonstration zehntausender Mitglieder vor der Parteizentrale mitten im Bundestagswahlkampf gab die Union gegenüber ver.di die Zusicherung, im Bundesrat einem geregelten Stufenplan für den Übergang der Post in den Wettbewerb zuzustimmen. Das sicherte Tausende von Arbeitsplätzen bei der Deutschen Post AG.

Deutlich gestiegen war auch die Bereitschaft der beiden Regierungsparteien, gewerkschaftliche Positionen in ihren Wahlprogrammen zu berücksichtigen. So hat die ver.di-Kampagne zur Gesundheitsreform dazu beigetragen, dass die SPD gemeinsame Positionen im Hinblick auf qualitätssteigernde Strukturreformen im Gesundheitswesen und die Erhaltung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung ausdrücklich in ihr Wahlprogramm aufnahm und dies auch im Koalitionsvertrag so vereinbarte.

Der Zusammenschluss von fünf Gewerkschaften ist gleichzeitig ein Organisationsentwicklungsprojekt, das seinesgleichen sucht. Der Gründungskongress markiert hier den Anfang des Zusammenwachsens und nicht seinen Abschluss. ver.di befindet sich mitten in diesem Aufbauprozess und hat dabei ein gutes Stück erfolgreich zurückgelegt.

Um eine zukunftsfähige Gewerkschaft im Dienstleistungssektor zu schaffen, musste die neue Organisation in der Lage sein, eine differenzierte Interessenwahrnehmung und Interessenvertretung zu leisten. Sie musste für berufsfachliche Interessen eine passgenaue, kompetente, branchenbezogene Professionalität garantieren. Deshalb wurde ver.di in dreizehn Fachbereiche gegliedert, die die Branchenpolitik und Tarifarbeit selbstständig gestalten. Gebündelt und querverbunden wird die Organisation in den drei Ebenen Bezirk, Landesbezirk und Bund. Diese Matrixstruktur stellte etwas gänzlich Neues dar.

Der Zusammenschluss der fünf Gewerkschaften beruhte auf gleichberechtigter Partnerschaft trotz unterschiedlicher Größe. Dieses Prinzip und auch die Notwendigkeit, demokratische Mehrheiten von 75 Prozent für die Auflösung der Gründungsgewerkschaften unter den Delegierten zu erreichen, machte Kompromisse notwendig, die mit einer aufwendigen Gremienstruktur und einem Übermaß an formalen Regelungen, Quotierungen und Ausgleichsmechanismen einhergingen. ver.di hat deshalb ein Jahr nach ihrer Gründung im Frühjahr 2002 eine Strukturkommission eingesetzt, die sich mit den Nachsteuerungsbedarfen befasst und die das Arbeiten in der Matrix flüssiger machen soll. Der erste ordentliche ver.di-Kongress im Oktober 2003 wird über diese Nachsteuerung beraten und beschließen.

Bei den politischen Prozessen der internen Positionsfindung und gewerkschaftlichen Willensbildung war von Anfang an klar, dass ver.di als „aufregend bunte“ Organisation - so ein Slogan der Gründungskampagne - gewerkschaftliche Positionen und Solidarität nicht aus gleich gelagerten Interessen und Lebenslagen der Mitglieder abrufen konnte, sondern eine innere Kultur der Abstimmung und des Interessenausgleichs brauchte. Die in der Gesellschaft ablaufenden Prozesse der Meinungsbildung und Aushandlung von Interessen finden sich in ver.di - gleichsam als Mikrokosmos der Gesellschaft - auch im Inneren. ver.di strebte von Anfang an nach einer Kultur der offenen und transparenten inneren Diskussion. Auch wenn dieses Kunststück der Kommunikation in einer so differenzierten Organisation nicht durchweg gelingt, so wird doch die zu Grunde liegende Auffassung geteilt: Offene und lebendige Auseinandersetzung ist eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit in der sich wandelnden und ausdifferenzierenden Arbeitswelt und Gesellschaft und für die Ausrichtung der Organisation auf veränderte Rahmenbedingungen im gesellschaftlichen und politischen Raum.

Die Gründungsgewerkschaften repräsentierten von IG Medien bis DAG ein breites Spektrum des politischen Selbstverständnisses innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Die politische Integration der neuen Organisation scheint gelungen. Ein Indiz dafür sind die Vor-Konferenzen vor dem ver.di-Kongress in dreizehn Landesbezirken, dreizehn Fachbereichen sowie den Personen- und Statusgruppen, die im ersten Halbjahr 2003 in dichter Folge stattgefunden haben. Sie führten rund 7000 zentrale Funktionsträger und Multiplikatoren der Organisation zusammen. Die Beratung über Anträge und die dort geführten Diskussionen zeigten ein erstaunliches Maß an innerer Geschlossenheit und politischer Gemeinsamkeit der neuen Organisation.

ver.di hat es geschafft, parallel das gewerkschaftliche Kerngeschäft, die Entwicklung der Organisation und die politische Interessenvertretung zu leisten. Damit hat ver.di gute Voraussetzungen, um die aktuellen und kommenden Auseinandersetzungen mit langem Atem zu führen. Niemand mag sich heute vorstellen, wie die Auseinandersetzung

um die Agenda 2010 und die Tarifautonomie zu führen wäre, wenn die ver.di-Gründung vor zwei Jahren gescheitert wäre.

Kurswechsel in der Politik der Bundesregierung

In die heftigen Auseinandersetzungen in der politischen Landschaft der Bundesrepublik seit der Bundestagswahl im September 2002 waren die Gewerkschaften jeweils stark involviert. Das erste Ereignis war die Bundestagswahl selbst. Es gab kaum einen Wahl- oder Parteienforscher von Rang, der nicht davon ausging, dass es in der Bundesrepublik eine strukturelle Mehrheit für eine konservativ geführte Regierung gibt. Eine zweite Wahlperiode von Rot-Grün war deshalb ausgesprochen unwahrscheinlich. Dass sie dennoch kam, war für viele in der Union und im bürgerlich-wirtschaftsliberalen Lager ein Schock. Der Schock wurde verarbeitet in der „Fehlstart“-Kampagne gegen die Bundesregierung. Es wurde das Zerrbild einer Regierung gezeichnet, die die Steuern des kleinen Mannes erhöht, das Volk über die wirtschaftliche Lage im Wahlkampf getäuscht hat und nach der Pfeife der Gewerkschaften tanzt. Bundesregierung und Parlament befänden sich im Würgegriff der Gewerkschaften, so die Botschaft, letztlich seien die Gewerkschaften an der Arbeitslosigkeit schuld.

Die Bundesregierung vollzog einen abrupten Schwenk, der nicht nur die Gewerkschaften düpierte, sondern auch die eigene Parteibasis überraschte und Teile der eigenen Anhängerschaft desorientierte und demobilisierte. Der Schwenk kündigte sich im Kanzleramtspapier vom Dezember 2002 an und wurde nach den Wahlsiegen der CDU in Hessen und Niedersachsen Anfang 2003 manifest. Er führte weg vom eigenen Wahlprogramm, weg von der Koalitionsvereinbarung. Das „Umsteuern“ der Bundesregierung enthielt weder einen Entwurf für die Wirtschaftsentwicklung noch eine vorwärts weisende industriepolitische Idee oder ein innovatives Programm, auch keine Vision einer sozial gerechten Zukunft mit neuen Chancen für Ausgegrenzte. Es bestand vielmehr darin, zu einer Politik für die „tüchtige Mitte“ zurückzukehren, wie sie schon 1999 im Schröder-Blair-Papier vorgelegt worden war. Die Positionen des Wahlkampfes erschienen gewissermaßen als „Betriebsunfall“, der von der richtigen Richtung abgelenkt hatte.

Die Unterschiede zum Modell der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik der Union verwischten sich zusehends. Die nachgewiesene Erfolglosigkeit dieses Modells - ansteigende Arbeitslosigkeit gepaart mit zunehmender öffentlicher Armut und Vernachlässigung von Infrastruktur und Bildung - hinderte die Bundesregierung nicht daran, die Leitmotive der konservativ-liberalen Phase unter rot-grüner Führung weiter zu verfolgen: Unternehmen werden auf der Sozialversicherungs- und auf der Steuerseite entlastet, es werden Sozialleistungen gestrichen, arbeitsrechtliche Schutzstandards abgebaut und öffentliche Infrastrukturen vernachlässigt. Angeknüpft wurde auch an die zugehörigen Deutungen, darunter an die Auffassung, die Lohnnebenkosten seien Schuld an der hohen Arbeitslosigkeit. Mittlerweile wurden auch die Lohnhöhe, die Arbeitszeit und die Tarifverträge als angebliche Ursache der Arbeitslosigkeit ins Visier genommen.

Die Rede des Bundeskanzlers am 14. März 2003 zur Agenda 2010 fasste diesen Ansatz in ein Regierungsprogramm. Das völlige Fehlen einer wirtschaftspolitischen Strategie zeigt sich auch darin, dass die Agenda-Rede das Vorziehen der Steuerreform - immerhin die wichtigste wirtschaftspolitische Entscheidung des Jahres 2003 zur Behebung der Binnenmarktschwäche - gar nicht enthält. Alle Gewerkschaften haben sich zum Ziel gesetzt, diesen perspektivarmen Politikansatz zu verändern, da er seit über 20 Jahren weder das Anwachsen der

Arbeitslosigkeit verhindern noch den Sozialstaat auf ein dauerhaft gesichertes Fundament stellen konnte. Als die gewichtigste Opposition gegen diese Pläne kamen die Gewerkschaften in die Schusslinie, darunter auch ver.di in exponierter Rolle. Den Gewerkschaften gelang es, mit ihrer Kommunikation und ihren Vorschlägen nicht, in der Öffentlichkeit durchzudringen. Das wirkte auch negativ auf die Mobilisierung der eigenen Mitgliedschaft zurück.

Auseinandersetzung um die Zukunft des Sozialstaats

Die Gewerkschaften thematisieren Anpassungs- und Veränderungsbedarfe im sozialstaatlichen Gefüge seit langem. Mehr als bisher müssen sie jedoch ihre Vorstellungen aus dem Kreis der Fachdebatten und der Sprache der Stellungnahmen lösen und sie zu Bildern von einer besseren und machbaren Alternative zusammenfügen. Denn der Erfolg der Regierung bei der Diskussion um die sozialen Einschnitte im Zuge der Agenda 2010 liegt unter anderem darin, die Situation als ausweglos und die eigene Politik als die einzig mögliche darzustellen.

Um den Sozialstaat problemadäquat weiterzuentwickeln, müssen die rasanten Veränderungsprozesse in der Arbeitswelt, in den Sozialstrukturen und die zunehmende Ausdifferenzierung in den Lebensentwürfen der Menschen unvoreingenommen beobachtet und dafür Lösungen entwickelt werden: Es geht darum, die spezifischen Nachteile des deutschen Modells von Sozialstaat zu beheben, ohne seine Vorteile zu verlieren. Zu diesen Nachteilen zählt ver.di unter anderem, dass die Sozialleistungen zentriert sind um Ehe und Erwerbsarbeit, und zwar auf die lebenslang ununterbrochene Vollzeitarbeit der männlichen Facharbeiter.

Die Zahl der durchbrochenen Erwerbsbiografien wird weiter zunehmen - sei es durch Phasen der Qualifizierung, der Selbständigkeit, der Arbeitslosigkeit, der Kindererziehung oder der Pflege. Solange die soziale Sicherung allein an die Einkommen aus abhängiger Beschäftigung gekoppelt ist, werden derartige Unterbrechungen nicht nur zu Einbußen bei Rente und gegebenenfalls Arbeitslosigkeit führen, es vergrößern sich daneben die Einnahmeprobleme aller Sozialversicherungsträger parallel zur Zunahme der Aus- und Wiedereinstiege.

Das weiterhin rückläufige Verhältnis von Beitragszahlern zu Leistungsbeziehern weist auf die Probleme hin, die der demografische Wandel mit sich bringt; in seiner Wirkung verstärkt es die Einnahmeprobleme. Ohne einen Abbau der Arbeitslosigkeit und die Verbreiterung der Finanzierungsbasis sind die Probleme langfristig nicht lösbar. Die derzeitige Politik stellt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor eine Wahl, die keine ist: entweder werden die in Tarifrunden durchgesetzten Lohnzuwächse durch steigende Beitragssätze oder durch Ausgaben für Zusatzversicherungen oder durch Zuzahlungen im Leistungsfall aufgezehrt.

Parallel dazu finden sich Lücken, Fehlsteuerungen und Ungerechtigkeiten im System: So steigt beispielsweise die Zahl von „working poor“, also von Menschen, die trotz steuer- und sozialversicherungspflichtiger Vollzeitarbeit nicht von ihrer Arbeit leben können und auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind. „Vererbte Arbeitslosigkeit“ in der zweiten oder dritten Generation innerhalb der Familie breitet sich aus. Nicht zuletzt belegen viele Untersuchungen, dass mittlerweile Kinder in einem der wohlhabendsten Länder der Welt wieder zu einem Armutsrisiko geworden sind.

All das zeigt, dass das ausdifferenzierte System von Umverteilungen unseres Sozialstaats in seiner Gesamtheit nicht immer die erwünschten und notwendigen Effekte zeigt. Auf die

Flankierung vieler neuer Risiken und prekärer Lebenslagen ist unser Sozialstaatsmodell nur unzulänglich eingerichtet, stattdessen konserviert und privilegiert es Lebensverläufe, die der Vergangenheit angehören.

Ob und wie auf diese Lücken und Ungerechtigkeiten reagiert werden soll, ist derzeit Gegenstand heftiger und kontroverser Diskussion in Parteien und Verbänden, in Betrieben und in Nichtregierungsorganisationen, ebenso wie bei ver.di. ver.di hat - in Gestalt ihrer Vorläufer-Organisationen - über viele Jahre hinweg eine breite Palette von Lösungsvorschlägen mitentwickelt, die sozialen Wandel und wirtschaftliche Umbrüche begleitet und gestaltet haben: Die von ihnen durchgesetzten Betriebsrenten haben nicht nur mit dazu beigetragen, dass Altersarmut erfolgreich zurückgedrängt werden konnte, sie zeigen darüber hinaus einen Weg auf, wie auch in der Zukunft das Niveau der Alterssicherung gehalten werden kann. Gewerkschaften haben sich für Ausbildungsförderung und zweiten Bildungsweg eingesetzt, um schichtspezifische Bildungsbarrieren abzubauen: Bildungs- und Einkommenschancen sollten nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen, Armut sollte nicht die Bildungschancen der Kinder begrenzen. Die Ergebnisse der PISA- und der OECD-Studie zeigen, dass Deutschland an dieser Stelle nicht nur an Zukunftsfähigkeit verliert, sondern auch an sozialer Gerechtigkeit. Die Gewerkschaften haben die Jobrotation gefordert und als Instrument der Arbeitsförderung unterstützt, das den gestiegenen Qualifizierungsbedarf einer Wissensgesellschaft mit Wiedereinstiegschancen für Arbeitslose verbindet.

Auch für die aktuellen Probleme entwickelten die Gewerkschaften pragmatische Lösungsansätze, mit denen ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit und Effizienz zu verwirklichen wäre: So könnten Mindestlöhne die Ausbreitung von Armut trotz Arbeit begrenzen; Übergangsarbeitsmärkte könnten Brüche in Erwerbsbiografien flankieren; mit Gesundheitsförderung und integrierten Versorgungskonzepten kann das Gesundheitswesen zugleich Effizienz und mehr Qualität für die Patienten erreichen. Mit der Einbeziehung aller Erwerbstätigen in eine Bürgerversicherung - selbstverständlich unter Beibehaltung der paritätischen Mitfinanzierung durch die Arbeitgeber -, mit einer verstärkten Steuerfinanzierung von allgemeingesellschaftlichen Aufgaben, die bisher von den Sozialversicherungen getragen werden oder mit Freibetragsmodellen, die insbesondere kleinere Einkommen stärker entlasten, diskutieren die Gewerkschaften andere Lösungsansätze für die soziale Sicherung. Vor allem aber tritt ver.di dafür ein, dass die Bereiche Bildung und Erziehung wieder verstärkt ins Zentrum der Politik rücken: Bildung und Erziehung sind der Schlüssel für den Zugang zu Beschäftigung, für gesellschaftliche Teilhabe und für die Emanzipation des Einzelnen: Wenn Ausgrenzung dauerhaft und nachhaltig verhindert werden soll, führt kein Weg an einer Intensivierung der Bildungsanstrengungen vorbei.

Dass diese Vorschläge bislang in der öffentlichen Diskussion kaum wahrgenommen werden, erklärt sich nur zum Teil aus der gewerkschaftskritischen bis -ablehnenden Stimmung in der Öffentlichkeit: Es hat auch damit zu tun, dass die Gewerkschaften bei ihrer Abwehr von Verschlechterungen zu wenig Nachdruck darauf legten, ihre Ideen einzubetten in ein vermittelbares Gesamtkonzept davon, wie sie sich soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert vorstellen: was ihre Ziele sein sollen, welchen Kriterien sie folgen soll, wie sie organisiert werden kann und wie ihre Regelmechanismen aussehen könnten.

Das Feld der Zukunftsentwürfe und Veränderungspfade dürfen die Gewerkschaften keinesfalls denen überlassen, die einen aktivierenden Staat predigen, sich in jüngster Zeit aber lediglich durch den Abbau von Schutzrechten hervorgetan haben. So hat etwa das rot-grüne Herzstück der Reformen am Arbeitsmarkt, der Umbau der Bundesanstalt für Arbeit und der

Arbeitslosenversicherung, mittlerweile Leistungskürzungen für nahezu jeden gebracht, der arbeitslos ist oder noch arbeitslos wird. Die Arbeiterbewegung hat einst die Arbeitslosenversicherung gefordert und durchgesetzt, um die Menschen davon zu befreien, Arbeit zu jedem Preis und zu jeder Bedingung annehmen zu müssen. Wesentlicher Bestandteil der Arbeitslosenversicherung war auch der Schutz der eigenen Qualifikation und des erlernten Berufs. Mit dem Ruf „Jede Arbeit ist besser als der Bezug von sozialen Transferleistungen“ soll nun jede legale Arbeit, auch nicht-sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten und Minijobs, einem Arbeitslosen zumutbar sein - durchgesetzt mit scharfen Sanktionen. Der Schutz von Beruf und Qualifikation wird so restlos beseitigt.

Wirklich aktivierende Aspekte etwa in Form verbesserter Bildungs- und Vermittlungsaktivitäten sucht man jedoch vergeblich, ganz im Gegenteil: Gerade die Bildungsmaßnahmen sind überdurchschnittlich gekürzt worden. Und auch das grüne Projekt der Grundsicherung, einst als Zugewinn von Würde, Freiheit und Selbstbestimmung im modernen Sozialstaat konzipiert, ist über die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf niedrigstmöglichem Niveau nicht hinausgekommen.

Existenzsichernde und qualifizierte Beschäftigung im Dienstleistungsbereich

Die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit macht Angst. Und Angst vor dem Verlust von Einkommen und Beschäftigung ist inzwischen zum besten Verbündeten der Unternehmer bei der Durchsetzung ihrer Interessen geworden, sei es im Betrieb gegenüber Betriebsräten und Belegschaften, sei es gegenüber Gewerkschaften und Politik im politischen und medialen Raum. Anders die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften: Sie haben ein eminentes Interesse am Abbau der Arbeitslosigkeit.

Dennoch kann für ver.di nicht der Satz gelten: Hauptsache Arbeit, egal zu welchen Bedingungen. Vielmehr setzt ver.di auf den Ausbau qualifizierter Arbeit im Dienstleistungssektor. Aufgabenfelder gibt es dafür in unserer hoch entwickelten und arbeitsteiligen Industriegesellschaft genug.

Im Dienstleistungssektor liegen derzeit die meisten Beschäftigungschancen. Auch nach dem Zerplatzen vieler Träume, die auf das rasante Wachstum der New Economy gesetzt hatten, entstehen hier Arbeitsplätze im hoch bezahlten Bereich, etwa in Forschung und Entwicklung, im Bereich wissensintensiver Dienstleistungen oder im Bereich kommunikationsintensiver Tätigkeiten. Aktuell steigt der Absatz von Produkten der Informationstechnologie wieder an, damit steigt auch die Nachfrage nach Software und sektorspezifischen Dienstleistungen. Schon sind erste Warnungen zu hören, dass die in der Informations- und Kommunikationstechnik aktiven Firmen wegen ihres drastischen Personalabbaus die anziehende Nachfrage nicht bedienen können.

Unter Beschäftigten in der Branche der Informations- und Kommunikationstechniken und neuen Medien hat ver.di gewerkschaftspolitisches Neuland betreten. Sowohl in den Boomzeiten der New Economy als auch während der Einbrüche wurden hier in Bereichen, die zuvor als gewerkschaftsresistent galten, beachtliche Erfolge errungen. Ein Schwerpunkt lag dabei immer darauf, in jungen Branchen Arbeitnehmerrechte durchzusetzen und Mitbestimmungsstrukturen aufzubauen. Gleichzeitig wurden neue Formen von Beratung und Interessenvertretung in solchen Bereichen erprobt, in denen klassische Mitbestimmungs-

strukturen aufgrund anderer Arbeitsorganisation oder unkonventioneller Beschäftigungsverhältnisse nicht greifen. Aus den Erfahrungen gilt es zu lernen - sie müssen zu einem in der Organisation fest verankerten, reaktionsschnellen Beratungsnetz ausgebaut werden.

Ein zweites wachsendes Segment liegt in den personen- und haushaltsnahen Dienstleistungen wie z.B. Kinderbetreuung, Pflegearbeit, Bildung und Erziehung, Dienstleistungen für Privathaushalte etc. Arbeit in diesem Bereich ist nach wie vor vorwiegend Frauenarbeit, und so hält sich in diesem Segment ein hartnäckiges Vorurteil: dass nämlich Stellenzuwächse bei personenbezogenen Dienstleistungen nur im Niedriglohnbereich entstehen können und auch zu Recht dort angesiedelt bleiben. Die Wurzeln dieses Vorurteils liegen in einer reaktionären Bewertung von Frauenarbeit, die noch verstärkt wird durch die verzerrte Wahrnehmung, die aus dem Denken in industriegesellschaftlichen Strukturen resultiert.

Der Ausbau des Niedriglohnssektors wird propagiert, ohne die Frage nach existenzsichernden Einkommen überhaupt noch zu stellen, geschweige denn, dafür eine sozialpolitische Verantwortung zu übernehmen. Für die Gewerkschaften ist klar, dass Vollzeitwerbstätigkeit den Unterhalt eines erwachsenen Menschen auch zukünftig sichern muss.

Im internationalen ökonomischen Vergleich lässt sich nicht belegen, dass die Zukunft der deutschen Arbeitsgesellschaft im Niedriglohnbereich liegt. Unter den Ländern mit einer positiven Beschäftigungsentwicklung finden sich sowohl Länder mit einem wachsenden Niedriglohnbereich, wie die USA, als auch Länder mit einem völlig unbedeutenden Niedriglohnbereich, wie Schweden.

Die Herausforderung für ver.di liegt darin, zur Erschließung dieser Beschäftigungschancen im Dienstleistungssektor beizutragen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die neu entstehenden Arbeitsplätze existenzsichernde Einkommen und soziale Sicherheit bieten. Als Voraussetzung dafür muss die ungerechte Bewertung von qualifizierten und anspruchsvollen Tätigkeiten in diesem Bereich korrigiert werden: Ist es denn nicht ein gesellschaftlicher Missstand, dass für die Wartung des Familienwagens ganz selbstverständlich und zu Recht ein Facharbeiterlohn gezahlt wird, während bei der Pflege der Oma das osteuropäische Lohnniveau als normal empfunden und ein Facharbeiterlohn für völlig unerreichbar gehalten wird?

Und ist es nicht fatal, wenn Bildung und Erziehung ausgerechnet in dem Lebensalter, in dem sich bei Kindern das Lernvermögen entwickelt, nicht systematisch, qualifiziert und professionell unterstützt werden? In Deutschland gelten Erziehung und Bildung in den ersten sechs Lebensjahren immer noch als Elternsache, während alle europäischen Nachbarn bereits in diesem Alter die Eltern mit professionellen Erziehungs- und Bildungsleistungen unterstützen. Ist es verwunderlich, wenn Deutschland bei Bildungsvergleichen gegenüber den skandinavischen Staaten an Boden verliert, wenn mit der anspruchsvollen Arbeit der Erziehung von Kindern eher abwertend umgegangen wird? Um eine gerechte Bewertung personenbezogener Dienstleistungen zu erreichen, muss ver.di die Bedeutung der Qualität der dort erbrachten Leistung und der Qualifikationen der dort Beschäftigten herausstreichen. Als Voraussetzung für die Durchsetzung angemessener Einkommen ist das ebenso wichtig wie die Erschließung der Organisationspotentiale in diesem Bereich. Die Zukunft der Dienstleistungsarbeit liegt nicht im Supermarkt beim Tütenpacken, sondern in der qualifizierten Vorschulbildung unserer Kinder.

Es ist noch nicht lange her, da konnte man in Leitartikeln lesen, Gewerkschaften seien in der modernen Arbeitswelt bald ganz entbehrlich, ihre Auffassung von Interessendurchsetzung im Konflikt sei unserer Wohlstandsgesellschaft nicht mehr angemessen. Gegenwärtig zeigt sich das Gegenteil. Arbeitgeber, Politiker und Experten ermuntern die Regierung,

den Konflikt mit den Rentnern, den Krankenversicherten, den Erwerbslosen, den Erwerbstätigen und den Gewerkschaften nicht zu scheuen und über die jetzigen Einschnitte noch hinaus zu gehen. Für ver.di bedeutet das, den Kurs einer klaren Interessenvertretung zu halten und sich auf eine längere und grundsätzliche Auseinandersetzung um die soziale Demokratie und die Bedeutung sozialstaatlicher Leistungen für die persönliche Sicherheit und die Freiheit in der eigenen Lebensgestaltung einzustellen. ver.di ist bereit, die Auseinandersetzung um sozial gerechte Konzepte für die Entwicklung unserer Arbeitswelt, Gesellschaft und Politik entschlossen zu führen.